

Jesteburg, den 20.12.2022

Information für Journalistinnen und Journalisten

PEI, RKI, KBV und Krankenkassen ignorieren gesetzlichen Auftrag und wehren sich mit Fake-News

Es hat keinerlei Überwachung der Impfwirkungen gegeben

Eigentlich wollte die kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) die Abrechnungsdaten, die der Datenanalyst Tom Lausen im Auftrag eines AfD-Abgeordneten am 12.12.2022 unter dem Titel „plötzliche und unerwartete Übersterblichkeit“ veröffentlichte, viel lieber zurückhalten, wurde aber auf juristische Weise zur Herausgabe gezwungen. Lausen hatte sich seit Beginn der Pandemie intensiv mit den Daten des Gesundheitssystems auseinandergesetzt und gilt als Experte auf diesem Gebiet. Er war in dieser Funktion auch schon mehrfach als Sachverständiger im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestags eingeladen.

Die von der KBV bereitgestellten Abrechnungsdaten sind die Zusammenfassung sämtlicher abgerechneter Leistungen von niedergelassenen Ärzten für gesetzlich Versicherte in den Jahren 2016 bis 2021 sowie für das erste Quartal 2022. Aus diesen Daten lässt sich nach Lausen transparent ablesen, dass die Zahl der plötzlich Verstorbenen sowie die Zahl der Schwererkrankten in nahezu allen der 1500 Diagnose-Bereiche seit Beginn der Impfkampagne sehr stark angestiegen ist. Mehrere Millionen Menschen wurden darüber hinaus wg. direkt erkennbarer Impfnebenwirkungen behandelt.

Wer sich intensiv mit Statistiken im Gesundheitsbereich sowie mit Todesursachenstatistiken befasst, weiß eins: Große Schwankungen sind die absolute Ausnahme. Treten diese auf, muss man sich drei Fragen stellen: Hat sich das Meldesystem signifikant geändert? Sind es wirklich mehr Fälle, oder kann ein Fehler vorliegen? Oder stimmen die Zahlen, wenn ja, was ist Besonderes vorgefallen?

Im Zuge der Coronapandemie wurden tatsächlich Diagnoseschlüssel geändert. So bekam COVID-19 einen Extraschlüssel. Den Todesfällen R96-R99 ist eins gemein: Corona hatten sie zum Todeszeitpunkt jedenfalls nicht, denn wäre ein Coronatest, der auch post mortem durchgeführt wurde, positiv ausgefallen, wären sie als Coronatote mit ebendiesem Code erfasst worden.

Direkt nach der Pressekonferenz am 12.12.2022 ließ der KBV-Vorstand Gassen ein obskures Statement veröffentlichen(kbv.de/statement-gassen). Er bestätigt das enorme Mengenwachstum und führt die zusätzlichen Todesfälle als „pandemiebedingte Übersterblichkeit“ an, ohne dafür irgendwelche Argumente zu liefern: „Aus Sicht der KBV handelt es sich bei der dargestellten Zunahme der Todesfälle in den Quartalen I-IV 2021 und Quartal I 2022 größtenteils um eine pandemiebedingte Übersterblichkeit.“ Wenn das zutreffen sollte, stellte sich die Frage, warum das Jahr 2020 dann in den veröffentlichten Daten zu plötzlichen und ungeklärten Todesfällen unauffällig war. Darauf wusste auch die KBV am Montag keine schlüssige Antwort zu geben, denn das grundsätzliche Melde- und Erfassungssystem von Diagnosen ist seit Jahren unverändert.

Schnell wurden nach der Veröffentlichung Stimmen laut, die Sichert und Lausen vorwarfen, falsche Daten verwendet zu haben bzw. diese falsch ausgewertet zu haben. Angeführt wurden die Kritiker dabei durch das Zentralinstitut der Kassenärztlichen Vereinigung (Zi). Nur Insidern ist bekannt, dass es sich dabei um eine 100%ige Tochter der KVen handelt. Man hat hier bei der KBV sozusagen versucht, die selbst bereitgestellten Daten durch sich selbst in Frage zu stellen. Ein sehr fragwürdiges Unterfangen. Mittlerweile gibt es dazu mehrere Veröffentlichungen im Netz <https://www.youtube.com/watch?v=nqtEBULPLAY>, die das Zi klar der Lüge und der gezielten Desinformation überführen.

Zwar waren diese Abrechnungsdaten der KV bereits intern seit über 9 Monaten bekannt, aber weder wurden sie bislang veröffentlicht noch an das RKI oder das PEI übermittelt. Gerade dazu waren sowohl RKI als auch PEI Und KBV gesetzlich in §13 des Infektionsschutzgesetzes bereits seit März 2020 verpflichtet. Bis heute haben alle genannten Institutionen sich dieser Aufgabe vollständig verweigert. Eine Überwachung der von den Kassenärzten erhobenen Daten durch die dafür zuständigen Bundesbehörden fand zu keinem Zeitpunkt statt. Wir müssen von einem schwerwiegenden Versagen der Behörden ausgehen. Ganz offensichtlich sollen die einzig verfügbaren Daten für große Teile der Bevölkerung gezielt vertuscht werden. Hingegen wurde fortgesetzt in der Öffentlichkeit der Eindruck erweckt, dass alle in Deutschland zuständigen Stellen intensiv erforschen würde, ob und wenn ja, welche Auswirkungen die Impfkampagne für die Gesundheit der Bevölkerung gehabt hat.

Kommt es zu großen Sprüngen in den Daten, muss man sich fragen, was vorgefallen ist. Für den Zeitraum 2020 bis 2022 weiß man das ziemlich genau. Ein neuartiges Coronavirus hat die Bevölkerung heimgesucht und im Winter 2020/21 startete mitten in einer großen Erkrankungswelle die größte Impfkampagne der deutschen Geschichte.

Gesundheitsminister Lauterbach wagte schon vor der Pressekonferenz den Vorstoß und schlug vor, Verstorbene, die ohne erklärbaren Grund gestorben sind, als Coronatote umzudeklarieren. Fraglich bleibt bei dieser Annahme, warum dann nicht deutlich mehr Tote der Kategorien R96-R99 im Jahr 2020 zu vermelden sind, wo die Pandemie wütete, ohne dass Impfstoffe zur Verfügung standen.

Die unrühmliche Rolle des Paul-Ehrlich-Instituts

Sichert und Lausen stellten bei der Pressekonferenz einen möglichen Zusammenhang zum Impfstart im ersten Quartal 2021 her und forderten genau diese Untersuchung. Eigentlich wäre die Überprüfung der Krankenkassendaten Aufgabe des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), dieses ist für die Überprüfung der Sicherheit von Impfstoffen zuständig und hat dies in der Vergangenheit auch akribisch getan. Hier wird als Beispiel die Impfung mit Gardasil genannt. Nach dem Tod eines Mädchens im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung untersuchte das PEI penibel auch die Daten der Vorjahre. Nicht so im Falle der COVID-Impfstoffe. Obwohl eine Sichtung der Daten der Krankenkassen 2021 angepeilt wurde, war ein Jahr später im Frühjahr 2022 erst die Planung der „Ansprache der Krankenkassen“ in die Wege geleitet. Passiert ist bis heute nichts.

Wer in den letzten drei Jahren die Sicherheitsberichte des PEI gelesen hat, kam schon bei anderen Gelegenheiten immer wieder ins Staunen. Erscheinungstermine verschoben sich, einmal eingeführte Themenbereiche wie zum Beispiel zur Sicherheit der Impfung von Kindern und Jugendlichen wurden plötzlich wieder eingestellt. Seit September ist kein neuer Sicherheitsbericht mehr erschienen, die letzte Auswertung berücksichtigt Impfungen bis Ende Juni 2022. Dass ausgerechnet auf die Sichtung der Krankenkassendaten bislang verzichtet wurde, verwundert in diesem Zusammenhang nicht. Unvermögen oder Kalkül?

Das Paul-Ehrlich-Institut erklärt in einer Pressemitteilung vom 16.12., wieso es bislang noch keine Zusammenarbeit mit den Krankenkassen gab, obwohl diese gesetzlich vorgeschrieben sei und die Daten der KBV nicht brauchbar seien. Das PEI erklärt, die in den letzten Tagen veröffentlichten Zahlen der Krankenkassen und deren Auswertung könnten Bürger verwirren und die Impfungen infrage stellen. Sie erklären, Ärzte würden diese Zahlen erfassen, jedoch sei eine „allgemeine Aussage zu einem Anstieg von Todesfällen anhand solch kodierter Behandlungsanlässe nach Einschätzung des Zentralinstituts für die Kassenärztliche Versorgung in Deutschland (Zi) wissenschaftlich nicht zulässig.“ Die Desinformation des Zi zur Fehlerhaftigkeit der KBV-Daten wird also lediglich wiederholt und gleichzeitig erkennt das PEI an, dass die Daten der Kassenärztlichen Vereinigungen einen zusätzlichen Beitrag zur Pharmakovigilanz leisten können, hat sie aber bis heute weder angefordert, noch selbst ausgewertet.

Angesichts der inhaltlich irreführenden und falschen Erklärung des Zi, (Zentralinstitut der Kassenärztlichen Vereinigung), vertreten von Dr. Dominik Graf von Stillfried, wurden die von der KBV übermittelten Daten noch einmal ganz gezielt für den Zeitraum von 2016 – 2020 überprüft, wobei über 100.000 Todesfälle bei den Kodierungen I46 und R96-R99(plötzliche unklare (Herz-)Todesfälle) identifiziert werden konnten. Über 100.000 Tote (I46 und R96-R99) aus 2016-2020 können nicht in 2021 zum Arzt gegangen sein. Über 100.000 Todesfälle sind auch nicht mit Fehleingaben oder Übertragungsfehlern zu erklären. Die KBV-Daten enthalten alle gefilterten Versicherten von 2016 – einschließlich 1. Quartal 2022, nicht bloss Versicherte, die 2021 einmal beim Arzt waren, wie vom Zi fälschlich behauptet. Damit sind auch Stillfrieds weitere Schlussfolgerungen falsch. Die Ergebnisse, die sich aus den Daten der KBV ergeben, sind schlicht die Wahrheit. Der Versuch, die eigenen Daten als unglaubwürdig hinzustellen, ist gescheitert.

„Die Erfassung und Auswertung von Verdachtsfällen auf Nebenwirkungsmeldungen durch das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) folgt allein den einschlägigen arzneimittelrechtlichen und infektionsschutzrechtlichen Vorgaben.“ Für eine frühzeitige Signaldetektion sei es wichtig, auf Krankenkassendaten zuzugreifen, da diese Daten aus den Krankenhäusern erfassen würden.

Obwohl allgemeine Aussagen zu einem Anstieg von Todesfällen anhand von kodierten Behandlungsanlässen mit dem Zi nicht wissenschaftlich zulässig seien, stellt das PEI Überlegungen zu der Frage an, wie es sein kann, dass der sprunghafte Anstieg der Übersterblichkeit erst mit Beginn der Impfkampagne zu sehen ist. Damit widerspricht sich das PEI selbst. Es unterstellt zudem auch eine Aussage, die gar nicht getroffen wurde. Tom Lausen hat auf der PK ausdrücklich klargestellt, dass er die Daten nicht in Zusammenhang mit den Berichten über die Übersterblichkeit bringen möchte. Brisant erscheint vor allen Dingen das Argument, erst in Q4 2020 sei es zu einer merklichen Zunahme von Covid-19 Fällen in Deutschland gekommen, also zu einem Zeitpunkt, als die Pandemie bereits längst in vollem Gange war, oder doch nicht?

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) habe also „*frühzeitig geplant*“, mit den großen Krankenkassen eine Studie aufzusetzen, um seltene und/oder schwerwiegende Nebenwirkungen besser analysieren zu können. Es habe jedoch keine Krankenkasse zugestimmt, an der Studie teilzunehmen, also habe man auch keine aufgesetzt.

Erst kürzlich will es dem PEI gelungen sein, eine Krankenkasse für die Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut zu gewinnen. 2023 wolle man zeigen, dass das vorgeschlagene Studiendesign geeignet sei, wichtige Sicherheitsdaten zu analysieren. Dann – im vierten Pandemiejahr wohl gemerkt – wolle man weitere, größere Krankenkassen *anfragen*, mitzuwirken. Das PEI arbeite mit einem externen Dienstleister derzeit an der Möglichkeit der digitalen Datenübertragung der Daten der Kassenärztlichen Vereinigung zum PEI, „vor diesem Hintergrund hat ein Datenaustausch in der vom Gesetz geforderten Form bisher tatsächlich noch nicht stattfinden können.“

Unabhängig davon weist das PEI darauf hin, dass die von Tom Lausen vorgestellten Auswertungen aus den KBV-Daten nicht in Übereinstimmung mit den offiziellen Statistiken zu Todesfallzahlen in Deutschland stehen, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wurden.

Man kommt aus dem Staunen förmlich nicht heraus. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung soll falsche Daten liefern, das PEI konnte in drei Pandemie Jahren nur eine Kasse zur Zusammenarbeit bewegen – Projektstart ist für 2023 geplant – und somit konnte man den gesetzlichen Auftrag zur Überprüfung der Sicherheit der Impfstoffe anhand von Krankenkassendaten nicht erfüllen. Derweil sind trotz aller Maßnahmen 82 % mehr Menschen im zweiten Pandemiejahr gestorben, wenn denn die Daten stimmen. Von einer Aufklärung ist man demnach noch meilenweit entfernt. Die Fragen bleiben: Woran sind die Menschen gestorben, wie alt waren sie im Schnitt, waren sie geimpft oder nicht? Und es ist auch noch nicht vorbei. Im Sommer 2022 sind mehr Menschen an Corona gestorben als in den Vorjahren zudem wurde für 2022 eine höhere Übersterblichkeit gemeldet, die Gründe sind unklar.

„Der Veröffentlichungstermin des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) am 13.12.2022 entfällt. Die in der Wochenvorschau für Dienstag, den 13. Dezember 2022 angekündigte Pressemitteilung "Sterbefallzahlen in Deutschland (vorläufig), November 2022" entfällt in dieser Woche aufgrund von Verzögerungen beim Dateneingang. Davon ist auch die Sonderauswertung betroffen.¹“

Es sieht nach einer unheilvollen Verquickung von PEI, Statistischem Bundesamt, KBV, RKI und Krankenkassen aus. Wer trägt dafür die politische Verantwortung?

Krankenkassendaten seien besser für Auswertungen von Daten geeignet. Die Krankenkassen verweigern in den Jahren 2020, 2021 und 2022 jedoch die Teilnahme an einer vom PEI hierzu bereits vorbereiteten Studie. Und bereits seit dem 25.10.2022 hat das PEI eine Datentransfer-Infrastruktur, die es erlaubt, Daten der Krankenkassen datenschutzkonform zu übertragen. Und überhaupt: Im nächsten Bulletin zur Arzneimittelsicherheit (4/2022) werde das PEI am 21.12.2022 unter Verweis auf die internationale Studienlage mit Literaturangaben gegen die Behauptung, es gebe eine Übersterblichkeit, Beweis antreten.

Wieder einmal zeigt sich: Es wurden über die Einzelfall-Meldungen hinaus noch keine Daten erhoben. Die vom PEI behaupteten Bemühungen sind verspätet, indem sie scheinbar frühestens 2023 beginnen sollen und eine darauffolgende Auswertung dann erst recht noch später erfolgen wird. Ein Armutszeugnis ist es, bei der Übersterblichkeit auf ausländische Studien zurückgreifen zu müssen.

Und: Ein Rückgriff auf das Sterberegister des Statistischen Bundesamts zur Begründung, eine erhöhte Sterblichkeit sei auf Covid-Todesfälle zurückzuführen, geht klar am Thema vorbei: Das PEI selbst soll die Daten zur Arzneimittelsicherheit erheben. Darum geht es und offenbar, wie schon in Leipzig vor dem Bundesverwaltungsgericht erkennbar, ist diesbezüglich bisher wenig geschehen.

Die von Tom Lausen ausgewerteten Daten der Kassenärztlichen Bundesvereinigung seien nicht geeignet, heißt es in der Stellungnahme des PEI. Stattdessen bedürfe es der Daten der Krankenkassen. Und die Daten der Krankenkassen stammen hauptsächlich von der kassenärztlichen Bundesvereinigung. Ein klassischer Zirkelschluss. Bis dahin nehmen wir alle die Daten, die uns zur Verfügung stehen. Wer ihre vielleicht nicht hundertprozentige Aussagekraft zur Kenntnis nehmen wollte, könnte daraus Schlussfolgerungen ziehen, und wegen des sich aufdrängenden Verdachts wäre das PEI verpflichtet, der Bundesregierung die sofortige Aussetzung der zugelassenen Covid-19-„Impfstoffe“ zu empfehlen. Wir können auch noch ein paar Jahre warten. Das PEI hat offenbar keine Eile. Die Katze ist aus dem Sack. Und die Welt wird nicht auf das PEI und seine „geplante Krankenkassenstudie“ warten.

Die Deutsche Presse-Agentur (DPA), die als semiglobale Agentur im Besitz von deutschen Medienverlagen und Rundfunkanstalten über rund 1000 journalistische Mitarbeiter in circa hundert Ländern verfügt, ist laut der „Gruppe 39“ eine von rund 20 Nachrichtenagenturen

¹ <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/sonderauswertung-sterbefaelle.html>

auf der Welt, die frei von staatlichem Einfluss ist. Insgesamt gibt es weltweit etwa 140 Agenturen.

Was dabei nicht erwähnt wird, ist der Umstand, dass Facebook/Meta massiven Einfluss auf das gewinnorientierte Unternehmen nimmt. Im Rahmen des Facebook/Meta-Programms (<https://www.facebook.com/formedia/blog/third-party-fact-checking-how-it-works>) werden Faktenchecks erstellt, die völlig unreflektiert das einseitige Narrativ des Ärztekartells, namentlich der kassenärztlichen Vereinigung (KBV) wiedergeben.

Bereits nach wenigen Stunden wurden die Falschinformationen des KBV sowie des angeschlossenen Tochterunternehmens, dem Zentralinstitut (Zi) von unabhängigen Mathematikern und Wissenschaftlern widerlegt. Der dpa-Faktenfinder war auf Fake-News der Propaganda-Organisation der Kassenärztlichen Vereinigung hereingefallen.

https://dpa-factchecking.com/germany/221213-99-888455/?fbclid=IwAR11Ppz_JpYG8i2TcywfkT2g93vVFem9c9I3XbEYdPKDybneFamISmNj6aU

Leider hat das Vorgehen von dpa erhebliche Auswirkungen für Menschen, die eine von der nachweislich falschen Meinung des Zi und damit der KBV verbreiten möchten. Die KBV hat es somit innerhalb von weniger als einer Woche geschafft, bei Facebook wirksam zu verhindern, dass eine andere als ihre Sicht überhaupt noch verbreitet werden kann. Jeglicher Anstieg der Sterbefälle, die doch vom KBV-Vorstand als zutreffend dargelegt wurden, wird hier im dpa-Faktencheck als „erfunden“ diskreditiert. Schöne neue Zensur-Welt.



Falsch

Faktenprüfung durch dpa-Faktencheck



Infos zu diesem Hinweis

- Die gleiche Fehlinformation wurde bereits in einem anderen Beitrag von Faktenprüfern geprüft. Es gibt möglicherweise geringe Unterschiede.
- ❗ Laut unabhängigen Faktenprüfern beruhen diese Informationen nicht auf Tatsachen.
- 👥 **Mehr dazu**, wie Facebook mit unabhängigen Faktenprüfern zusammenarbeitet, um die Verbreitung von Fehlinformationen zu stoppen.

Über den MBV:

Der MBV (Medizinischer Behandlungsverbund) ist ein Zusammenschluss von kompetenten Ärzten und engagierten Therapeuten für hochwertige Medizin und empathische Behandlung in der Therapie von Covid-19-Impfgeschädigten. Alle Mitglieder verfügen über eine Expertise in der Therapie von Impfschäden. Der MBV betreibt über die URL www.corona-impfschaden-hilfe.de das größte Online-Portal in Europa, um Menschen mit Corona-Impfschaden eine angemessene Behandlung zu vermitteln.